



An die

Bürgerinitiative Moitzfeld Herkenrath

z.Hd. Herrn David Bothe

Sehr geehrter Herr Bothe,

ich bitte zunächst meine späte Reaktion auf Ihre Anfrage zu entschuldigen. Wie Sie vielleicht wissen, arbeite ich im Einsatzdienst der Berufsfeuerwehr Köln im 24 h-Dienst. Aufgrund der Urlaubszeit und der damit noch dünneren Personaldecke bin ich leider zurzeit beruflich stark gebunden.

Es wäre nicht ehrlich, Ihnen jetzt in Bezug auf die anstehende Landtagswahl große Versprechen bezüglich dieses Themas zu machen, denn grundsätzlich liegt die Planungshoheit/ die Erstellung von Flächennutzungsplänen bei den Kommunen, also hier bei der Stadt Bergisch Gladbach und den gewählten Vertretern des Stadtrates. Allerdings müssen übergeordnete Behörden den Plänen abschließend zustimmen.

Und hier kann sicherlich gerade die Landespolitik großen Einfluss auf die meiner Meinung nach ausufernden Pläne zur Bereitstellung von Gewerbe- /Industrieflächen im FNP Bergisch Gladbach nehmen.

Ich zitiere aus einer Darstellung bezüglich Flächenverbrauch des Umweltministeriums NRW: ***“ In Nordrhein Westfalen gehen im langjährigen Mittel täglich rund 10 Hektar wertvolle Natur- und Freifläche verloren. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche nimmt inzwischen bereits einen Anteil von 22,75% an der gesamten Landesfläche ein.“***

Langfristiges Ziel der Landesregierung sei ein Flächenverbrauch von „**Netto Null**“.

Vergleicht man diese Aussagen des Landesumweltministeriums mit den Plänen der Stadt Bergisch Gladbach, kann man zu dem Schluss kommen, dass hier noch schnell vor drohenden Restriktionen der übergeordneten Behörden Fakten geschaffen werden sollen, die dann, da eventuell noch nach “altem Recht“ genehmigt, Bestandsschutz haben und umgesetzt werden können.

Leider herrscht auch in Bergisch Gladbach immer noch die „Länge mal Breite mal Profit“ Mentalität, der leider allzu oft Bürgerinteressen untergeordnet werden.

Und natürlich sollte allen Bürgern klar sein, dass die agierenden etablierten Parteien vielleicht auf Landesebene wohlklingende Versprechungen (weniger Flächenverbrauch) abgeben, diese aber von eben diesen etablierten Parteien auf kommunaler Ebene gern umgangen werden.

Auch das von Ihnen angesprochene Stadtentwicklungskonzept (ISEK 2030), das gemeinsam von Rat und Bürgern mit der Verwaltung erarbeitet wurde, macht natürlich nur dann Sinn, wenn es von Politik und Verwaltung auch beachtet wird. Tut die Politik dies nicht und ignoriert solche gemeinsam

mit viel bürgerlichem Engagement erarbeiteten Festlegungen, zerstört sie nachhaltig das Vertrauen auf verlässliche Aussagen ihrer selbst.

Wenn die Mehrheitsfraktionen im Bergisch Gladbacher Stadtrat wirklich wollten, könnten sie morgen die Pläne der Verwaltung beerdigen!!!

Sie tun es aber nicht und es wird viele Gründe dafür geben. Man erhofft sich sicherlich weiter sprudelnde Gewerbesteureinnahmen, aber wirklich verlässlich ist diese Steuer im Vergleich zur Grundsteuer B nicht. Sollte die Wirtschaft in den nächsten Jahren wieder einmal schwächeln, brechen genau diese Gewerbesteuern ein. Und auch mit noch so vielen neu aus dem Boden gestampften Gewerbe- und Industriegebieten kann man das bei dem derzeitigen Steuersystem in Deutschland nicht verhindern.

Wir Freie Wähler sind für eine Änderung des Steuersystems und der Städte- und Gemeindefinanzierung, um Kommunen unabhängiger von solchen Schwankungen zu machen!

Es liegt vielleicht auch daran, dass sich die etablierten Parteien über Jahrzehnte in eine gewisse Abhängigkeit begeben haben. Sicherlich hat auch Ihre Bürgerinitiative schon gemerkt, wie weit entfernt von Ihren Vorstellungen trotz aller Ankündigungen einzelner Ratsmitglieder die Mehrheit des Rates tatsächlich agiert.

Unter anderem auch deshalb treten wir Freie Wähler jetzt auch auf Landesebene in NRW an!

Wir wollen eine Politik, die sich wieder an den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger orientiert und diese verlässlich umsetzt.

Wir Freien Wähler bekennen uns grundsätzlich für den Erhalt unserer Kulturlandschaft, wobei hier der Erhalt der jetzt noch vorhandenen Landschaftsräume und Naturschutzgebiete von größter Wichtigkeit ist, denn diese bieten den Bewohnern einen wohnortnahen lebens- und liebenswerten Erholungsraum.

Von daher ist eine Ausweisung in dieser Größenordnung für uns nicht mehr nachvollziehbar. Es drohen vielfältige Einschnitte in die Lebensqualität. Mal abgesehen vom Verlust der mir sehr wohl bekannten wunderschönen Sichtachsen Richtung Köln wird es logischerweise zu vielen weiteren Einschränkungen, Verlusten und Nachteilen für Mensch, Flora und Fauna und die Umwelt kommen.

Verkehrlich ist die L 289 bereits jetzt an ihrer Kapazitätsgrenze angekommen, die Zumutbarkeitsgrenze für die direkten Anwohner ist sicherlich schon überschritten.

Auch die Anbindung an die Autobahn und die Autobahn 4 selbst sind zumindest zu Berufsverkehrszeiten völlig überlastet.

Es fehlt die notwendige verkehrliche Infrastruktur, damit meinen wir z.B. Gleisanschlüsse. Diese könnte man sicherlich nur schwerlich in die beginnende wunderschöne exponierte Hügellandschaft in dem betroffenen Bereich integrieren.

Alles muss sicherlich seine Fläche haben, aber es muss halt auch passen!

Viel einfacher wäre es unserer Meinung nach, zuerst bestehende industrielle Brachflächen im flacheren Bereich von Bergisch Gladbach zu nutzen, um den Betrieben den notwendigen Raum zu geben.

Doch hier geschieht zur Zeit etwas Kurioses. Bestehende Gleisanlagen werden genau dort zurückgebaut. Es wird über ein sehr aufwändiges Cargo Cap System nachgedacht, das wiederum große Umladeflächen nötig macht und zu jahrelangen Verkehrsbehinderungen während der Bauphase führen wird.

Der Transportverkehr wird in Bergisch Gladbach momentan von der Schiene auf die Straße umgeleitet statt umgekehrt!!! So löst man nach Meinung der Freien Wähler keine Probleme, sondern man schafft Neue!!!

Abschließend möchte ich Ihnen noch einen kurzen Ausschnitt aus **unserem Wahlprogramm** beifügen, aus dem hervorgeht, wie wir uns z.B. zukünftige Umweltpolitik vorstellen.

„Umwelt:

(3)

Flächenverbrauch und Flächeninanspruchnahme für Verkehrs- und Siedlungsentwicklung sollen reduziert werden, um auch den nachfolgenden Generationen noch genügend Planungsspielraum zu erhalten.

*Dabei sind immer die Interessen der Kommunen zu berücksichtigen. Maßnahmen und Förderungen zur Revitalisierung von Innenstädten und zur Renaturierung von Industrie- und Gewerbebrachen sollen Vorrang haben. **Bei Projekten mit großflächiger Naturzerstörung ist auf die Betroffenheit und den Willen der Bürger besonders Rücksicht zu nehmen. Gleiches gilt bei der Ausweisung von großflächigen Schutzgebieten. Auch hier müssen die Bürger maßgeblich beteiligt werden.***“

Unser komplettes Wahlprogramm und weitere Informationen über uns finden Sie unter:

<http://freiewaehlernrw.de/>

Die Freien Wähler im Rheinisch Bergischen Kreis finden Sie unter:

<http://www.fw-rbk.de/>

Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg mit Ihrer Bürgerinitiative und stehe Ihnen für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Boecker

Landtagskandidat der Freien Wähler für den Wahlkreis 21, Bergisch Gladbach, Rösrath